



Internationale
Arbeitsorganisation

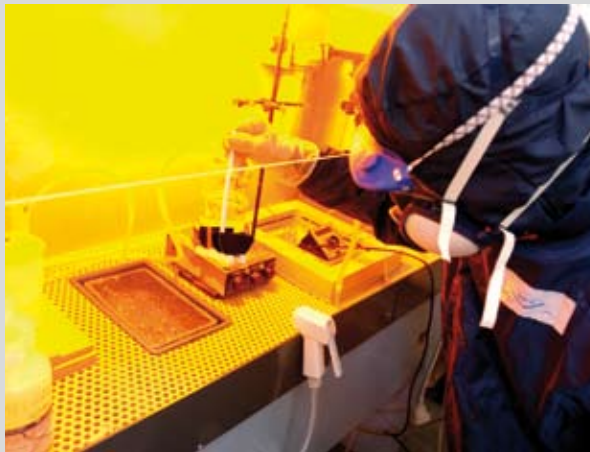


Die ILO auf einen Blick



„Der **Weltfriede** kann
auf Dauer nur auf
sozialer Gerechtigkeit
aufgebaut werden“

ILO-Verfassung, 1919



DIE ILO AUF EINEN BLICK

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist die VN-Organisation, die das Ziel verfolgt, in einem durch Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Menschenwürde geprägten Umfeld für Frauen und Männer menschenwürdige und produktive Arbeit zu schaffen. Ihre Hauptziele bestehen darin, die Rechte der Arbeitnehmer bei der Arbeit weiter zu entwickeln, menschenwürdige Arbeit zu fördern, den Sozialschutz zu verbessern und die Arbeitsbeziehungen zu stärken.

Die ILO ist die einzige „dreigliedrige“ Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die Vertreter von Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern an einem Tisch versammelt, um gemeinsam Politik und Programm der Organisation zu gestalten.

Die ILO ist die einzige weltweit handelnde Organisation, die für die Erarbeitung und Überwachung internationaler Arbeitsnormen zuständig ist. In Zusammenarbeit mit ihren 181 Mitgliedstaaten bemüht sich die ILO sicherzustellen, dass die Arbeitsnormen in Prinzip und Praxis geachtet werden.

Von der Vergangenheit...

Die ILO wurde 1919 als Bestandteil des Friedensvertrags von Versailles, der den Ersten Weltkrieg beendete, gegründet, um der Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass der Weltfriede auf Dauer nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann. Die Gründungsväter der ILO fühlten sich der Verbreitung der Idee menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und dem Kampf gegen Ungerechtigkeit, Not und Armut verpflichtet. 1944, wiederum in einer Zeit der internationalen Krisen, beriefen sich die Mitgliedstaaten der ILO auf diese Ziele, indem sie die Erklärung von Philadelphia annahmen, die klarstellt, dass Arbeit keine Ware ist und in der grundlegende Menschen- und Wirtschaftsrechte nach dem Grundsatz, dass „Armut, wo immer sie besteht, den Wohlstand aller gefährdet“, niedergelegt wurden.

1946 wurde die ILO die erste Sonderorganisation der neu gegründeten Vereinten Nationen. 1969, als sich die Gründung der ILO zum fünfzigsten Mal jährte, erhielt sie den Friedensnobelpreis.

Die starke Erweiterung der Zahl der ILO-Mitgliedstaaten in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg brachte viele Veränderungen mit sich. Die Organisation führte Programme der technischen Zusammenarbeit ein, um Regierungen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber weltweit zu unterstützen, insbesondere in den Entwicklungsländern. In Ländern wie Polen, Chile und Südafrika hat das starke Engagement der ILO für Gewerkschaftsrechte diesen Ländern bei ihrem Kampf für Demokratie und Freiheit geholfen.



... zur Gegenwart

Ein weiteres wichtiges Datum für die ILO war das Jahr 1998, als Delegierte der Internationalen Arbeitskonferenz die *Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit* annahmen. Diese Prinzipien und Rechte umfassen die Vereinigungsfreiheit und die Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit, sowie die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Folgt man der Erklärung, so ist die Garantie dieser grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit wichtig, weil den Betreffenden selbst die Möglichkeit gegeben wird, unter Wahrung von Freiheit und Chancengleichheit „einen gerechten Anteil an dem Wohlstand zu fordern, zu dessen Schaffung sie beigetragen haben, und ihr menschliches Potenzial voll zu verwirklichen“.



Menschenwürdige Arbeit in einer...

Die Arbeit ist ein zentraler Faktor für das Wohlbefinden des Menschen. Zusätzlich zu ihrer Funktion, Einkommen zu schaffen, kann Arbeit auch dem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt im weiteren Sinne den Weg bereiten und Familien und Gemeinschaften stärken, in denen die Arbeitnehmer leben. Dieser Fortschritt steht und fällt jedoch mit dem Vorhandensein menschenwürdiger Arbeit.

Der Begriff der menschenwürdigen Arbeit fasst alle Wünsche der arbeitenden Menschen zusammen. Er erfordert eine Tätigkeit, die es erlaubt, Produktivität zu entfalten und ein gerechtes Einkommen aus dieser Arbeit zu beziehen, sowie Sicherheit am Arbeitsplatz und Sozialschutz für die Familien der Arbeitnehmer. Menschenwürdige Arbeit bedeutet bessere Chancen für die persönliche Entwicklung und soziale Integration sowie Freiheit für alle, ihre Probleme zu artikulieren, sich zusammenzuschließen und an Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, mitzuwirken. Dies schließt Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern ein.

Menschenwürdige Arbeit ist der Schlüssel zur Beseitigung von Armut. Nur wenn Frauen und Männer Zugang zu menschenwürdiger Arbeit haben, können sie an den sich aus der zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtung ergebenden Vorteilen teilhaben. Mehr Menschen eine Chance auf menschenwürdige Arbeit zu geben, ist ein entscheidender Beitrag zu einer die Menschen besser „integrierenden“ und gerechteren Globalisierung. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit muss daher im Zentrum aller entwicklungspolitischen Maßnahmen stehen.



... zusammenwachsenden Welt

2004 wurde die Rolle der ILO bei der Förderung von Strategien für eine gerechte Globalisierung durch den Bericht der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung hervorgehoben.

Die gesamte ILO ist bestrebt, menschenwürdige Arbeit zu fördern und diese in alle Aktivitäten auf internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene zu integrieren. Indem Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zusammensetzen, um Arbeitsnormen festzulegen, ihre Umsetzung zu überwachen, Bewusstsein zu wecken, Politiken zu entwickeln und Programme zu gestalten, möchte die ILO sicherstellen, dass ihre Anstrengungen tatsächlich mit den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen und Männer übereinstimmen.

Die ILO arbeitet bei der Entwicklung von Politiken und Programmen, mit denen menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und gleichzeitig die Armut bekämpft werden soll, aktiv mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Akteuren zusammen.



SOZIALER DIALOG

Der Arbeit der ILO liegt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bei der Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zugrunde. Der Dialog zwischen den Regierungen und den beiden „Sozialpartnern“ fördert die Konsensbildung und die demokratische Beteiligung derer, welche die Hauptverantwortung für die Gestaltung der Arbeitswelt und die damit verbundenen Risiken tragen.

Dieser „soziale Dialog“ kann in Form von Verhandlungen, Beratungen oder einem einfachen Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungen stattfinden. Er kann auch im Rahmen von Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen erfolgen, mit oder ohne die unmittelbare Beteiligung der Regierungen. Der soziale Dialog ist ein flexibles Instrument, das es Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erlaubt, den Wandel zu bewältigen sowie wirtschaftliche und soziale Ziele zu erreichen.

Die der ILO eigenen Strukturen, mit deren Hilfe Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Rahmen des Verwaltungsrats der Organisation gegenüber den Regierungsvertretern gleichberechtigt auftreten können, zeigen, wie wirksam dieser soziale Dialog in der Praxis sein kann. So wird sichergestellt, dass die jeweilige Haltung der Sozialpartner zu Arbeitsnormen bzw. Politik und Programm der ILO voll respektiert wird.



Der **soziale Dialog**
ist ein flexibles
Instrument zur
Umsetzung des
wirtschaftlichen
und sozialen
Wandels

Gleichzeitig hilft die ILO den Regierungen sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, vernünftige Arbeitsbeziehungen zu begründen, das Arbeitsrecht an sich verändernde wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten anzupassen und die Arbeitsverwaltungen zu reformieren. Indem sie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zur Seite steht und sie in ihrer Arbeit unterstützt, hilft die ILO die Bedingungen für einen wirkungsvollen Dialog mit den Regierungen und untereinander zu schaffen.

VERWALTUNG UND POLITIKGESTALTUNG

Der große politische Rahmen der ILO-Politik wird von der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) gestaltet, die einmal jährlich tagt und die drei konstituierenden Partner der Organisation zusammenbringt. Die IAK nimmt auch neue internationale Arbeitsnormen an und genehmigt das Arbeitsprogramm und den Haushalt der ILO.

Zwischen den Sitzungsperioden der IAK wird die Arbeit der ILO vom Verwaltungsrat bestimmt, der sich aus 28 Regierungsvertretern, 14 Arbeitgeber- und 14 Arbeitnehmervertretern zusammensetzt. Das Sekretariat der ILO, das Internationale Arbeitsamt, hat seinen Sitz in Genf/Schweiz und unterhält Büros in mehr als 40 Ländern.

Seit 1999 ist Juan Somavia der neunte Generaldirektor der ILO. Er ist der erste Vertreter der Südhalbkugel, der an die Spitze der Organisation gelangte.



NORMEN

Von Anfang an hat sich die ILO bemüht, Arbeitnehmerrechte zu definieren und zu gewährleisten sowie die Bedingungen für Arbeitnehmer zu verbessern, indem sie ein System internationaler Arbeitsnormen aufbaute, das seinen Ausdruck in Übereinkommen, Empfehlungen und Verhaltenskodizes fand.

Seither hat die ILO mehr als 180 Übereinkommen und 190 Empfehlungen angenommen, die alle Aspekte der Arbeitswelt abdecken. Diese völkerrechtlichen Normen wurden kürzlich vom Verwaltungsrat überprüft, der zu der Erkenntnis kam, dass mehr als 70 Übereinkommen, die vor 1985 verabschiedet wurden, immer noch hochaktuell sind und dass die verbleibenden überarbeitet oder aufgehoben werden sollten. Außerdem sind Dutzende von Verhaltenskodizes erarbeitet worden. In so unterschiedlichen Bereichen wie Mutterschaftsurlaub und Schutz von Wanderarbeitnehmern spielen diese Normen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung innerstaatlichen Rechts. Ein Überwachungsprozess trägt dazu bei sicherzustellen, dass die von den einzelnen Mitgliedstaaten ratifizierten Normen angewandt werden und dass die ILO beratend an der Erarbeitung innerstaatlicher Rechtsvorschriften mitwirkt.

Mit der Verabschiedung der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit im Jahre 1998 haben die Mitgliedstaaten der ILO sich entschieden, eine Reihe von Kernarbeitsnormen zu respektieren, unabhängig davon, ob sie die einschlägigen Übereinkommen ratifiziert haben oder nicht. Hier handelt es sich um grundlegende Menschenrechte und das Herzstück menschenwürdiger Arbeit.



Kernarbeitsnormen

sind eine zentrale

Stütze der

menschenwürdigen

Arbeit

Vereinigungsfreiheit

Die Vereinigungs-
freiheit ist ein
wichtiger
Baustein für
**sozialen und
wirtschaftlichen
Fortschritt**

Das Recht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Organisationen ihrer Wahl zu gründen oder ihnen beizutreten, ist ein integraler Bestandteil einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft. Dieses Recht ist eine grundlegende Bürgerfreiheit, die als Baustein für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dient. In engem Zusammenhang mit ihm steht die effektive Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen. Seine Stimme zu Gehör bringen zu dürfen sowie ein Vertretungsrecht zu haben, sind wichtige Bestandteile menschenwürdiger Arbeit.

Die Existenz unabhängiger Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen ist die Grundlage der dreigliedrigen Struktur der ILO, und ihre Beteiligung an ILO-Aktivitäten und Maßnahmen stärkt das Koalitionsrecht mittelbar und unmittelbar. Ob bei der Beratung der Regierungen in arbeitsrechtlichen Fragen oder der Schulung und Ausbildung von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern - die ILO engagiert sich kontinuierlich für die Förderung der Vereinigungsfreiheit und des Koalitionsrechts.

Der ILO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit wurde 1951 geschaffen, um Verstöße gegen das Recht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich zusammenzuschließen, zu untersuchen. Der Ausschuss hat bisher mehr als 2 000 Fälle bearbeitet; dabei ging es u.a. um die Ermordung und das Verschwinden von Personen, Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit, Verhaftungen und Zwangsexilierungen. Der Ausschuss ist dreigliedrig zusammengesetzt und behandelt Beschwerden aus ILO-Mitgliedstaaten unabhängig davon, ob sie die Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit ratifiziert haben oder nicht.

Durch den Ausschuss für Vereinigungsfreiheit und andere Überwachungsmechanismen hat die ILO schon häufig die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verteidigt. In vielen Fällen haben diese Organisationen eine entscheidende Rolle beim Demokratisierungsprozess ihrer Länder gespielt.



Zwangsarbeit

Geschätzte 12 Millionen Menschen weltweit sind Opfer von Zwangsarbeit. 10 Millionen von ihnen werden durch Zwangsarbeit in der Privatwirtschaft ausgebeutet, d.h. nicht durch unmittelbar vom Staat auferlegte Zwangsarbeit. Die ILO schätzt, dass jährlich Profite in Höhe von 32 Milliarden US-Dollar durch zur Zwangsarbeit gezwungene Opfer des Menschenhandels erwirtschaftet werden.

Zwangsarbeit existiert in vielen unterschiedlichen Formen, u.a. als Schuldknechtschaft, Menschenhandel und ähnlichen Ausprägungen moderner Sklaverei. Die anfälligsten Gruppen sind in diesem Zusammenhang Frauen und Mädchen, die zur Prostitution gezwungen werden; Wanderarbeitnehmer, die in Schuldknechtschaft gehalten werden sowie Arbeiter in ausbeuterischen Unternehmen oder in der Landwirtschaft, die illegal festgehalten werden und dabei wenig oder nichts verdienen.

Die ILO hat sich von Anfang an für die Bekämpfung der Zwangsarbeit und der sie fördernden Verhältnisse eingesetzt und ein Sonderaktionsprogramm gegen Zwangsarbeit ins Leben gerufen, um diese Anstrengungen zu intensivieren. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Arbeitnehmern, Arbeitgebern, der Zivilgesellschaft und anderen internationalen Organisationen ist die ILO bestrebt, alle Aspekte der Zwangsarbeit anzugehen. Das reicht von präventiven Maßnahmen, u.a. der Verbesserung der Lebensbedingungen in lokalen Gemeinschaften, aus denen die Opfer des Menschenhandels stammen, bis zur Unterstützung von befreiten Arbeitnehmern. Solche Programme umfassen z.B. auch Mikrokredite, Bildungs- und Ausbildungsangebote.

Die ILO drängt auch auf wirksame Gesetze in den Mitgliedstaaten und auf machtvollere Umsetzungsmechanismen, wie rechtliche Sanktionen und rückhaltlose Verfolgung derjenigen, die Zwangsarbeiter ausbeuten. Durch die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins bemüht sich die ILO, das Scheinwerferlicht auf diese Form der Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten zu lenken.



Die ILO **kämpft**
gegen alle
Formen der
Zwangsarbeit

Kinderarbeit

Die **Kinderarbeit** ist weltweit **auf** **dem Rückzug**

Weltweit gibt es 200 Millionen Kinderarbeiter, viele von ihnen arbeiten den ganzen Tag. Sie werden ihres Rechts auf Bildung, Gesundheit und ihrer Grundrechte beraubt. 125 Millionen unter ihnen - also jedes 12. Kind weltweit - werden gefährlichen Formen der Kinderarbeit ausgesetzt; Arbeit, die ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohlergehen gefährdet.

Im Verlauf der letzten 15 Jahre hat die Welt gelernt, dass Kinderarbeit ein drängendes soziales, wirtschaftliches und Menschenrechtsthema ist. Heute ist die Kinderarbeit weltweit auf dem Rückzug und wenn sich dieser Trend fortsetzt, könnten die schlimmsten Formen der Kinderarbeit in den nächsten zehn Jahren verschwunden sein. Dies ist das direkte, greifbare Ergebnis einer mächtigen internationalen Bewegung zur Abschaffung der Kinderarbeit.

Diese Bewegung spiegelt sich auch in dem nie da gewesenen Tempo wieder, in dem die ILO-Mitgliedstaaten das ILO-Übereinkommen gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit ratifizieren. 1999 angenommen, ist das Übereinkommen mittlerweile von 9 von 10 der 181 ILO-Mitgliedstaaten ratifiziert worden. Ähnlich verhält es sich mit dem ILO-Übereinkommen über das Mindestalter, das 1973 angenommen wurde und mittlerweile von vier Fünfteln der ILO-Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist.

Die ILO ist der entscheidende Motor hinter dieser wachsenden Bewegung. Das Internationale Programm zur Abschaffung der Kinderarbeit (IPEC), das von der ILO 1992 aufgelegt wurde, umfasst mittlerweile Aktivitäten in über 80 Ländern. Wie auch bei anderen Aspekten der menschenwürdigen Arbeit ist die Abschaffung der Kinderarbeit einerseits eine Frage der Entwicklung, gleichzeitig aber auch eine der Menschenrechte. Politik und Programme der ILO tragen dazu bei, dass Kinder die Bildung und Ausbildung erhalten, die sie brauchen, um produktive Erwachsene zu werden, die unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten.



Diskriminierung

Hunderte Millionen Menschen leiden weltweit unter Diskriminierung am Arbeitsplatz. Damit wird nicht nur eines der grundlegenden Menschenrechte verletzt, weitergehende soziale und wirtschaftliche Folgen sind ebenfalls unvermeidlich. Diskriminierung vernichtet Zukunftschancen, wodurch menschliche Talente verschwendet werden, die für den wirtschaftlichen Fortschritt gebraucht werden, wobei gleichzeitig soziale Spannungen und Verwerfungen ins Rampenlicht geraten. Die Bekämpfung der Diskriminierung ist ein wesentlicher Teil der Förderung menschenwürdiger Arbeit und Erfolge an dieser Front zeitigen positive Wirkungen, die über den Arbeitsplatz hinausgehen.

Mit Fragen der Diskriminierung zusammenhängende Fragen sind im Arbeitsbereich der ILO durchgängig präsent. Indem die ILO z.B. die Vereinigungsfreiheit und das Koalitionsrecht fördert, bemüht sie sich, die Diskriminierung von Gewerkschaftern zu verhindern. Programme zur Bekämpfung der Zwangs- und Kinderarbeit sehen auch Hilfe für Mädchen und Frauen vor, die Opfer von Prostitution oder Zwangsarbeit im Haushalt geworden sind. Das Prinzip der Nichtdiskriminierung steht im Mittelpunkt des ILO-Verhaltenskodex zu HIV/AIDS und Arbeitswelt. Andere arbeitsrechtliche ILO-Leitlinien enthalten auch Antidiskriminierungsvorschriften.

Gleichzeitig wird der Grundsatz der Geschlechtergleichheit in alle ILO-Aktivitäten integriert. Es handelt sich um eine Antwort auf die fortbestehenden unterschiedlichen Probleme, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben. Sie verdienen weiterhin weniger als Männer und dominieren so im Niedriglohnbereich und sozial schlecht abgesicherten Tätigkeiten. Frauen stellen auch den Löwenanteil der Arbeitnehmer in informellen, atypischen und unbezahlten Tätigkeiten. Die ILO bemüht sich, die Beschäftigungschancen von Frauen zu vergrößern und eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts abzubauen. Sie ermutigt Frauen durch unterstützende Dienstleistungen, Unternehmensförderung, Ausbildung, Mikrokredite und bewährte Beispiele aus der Praxis auch unternehmerisch tätig zu werden. Sie unterstützt auch Arbeitnehmerorganisationen dabei, die Rechte von Frauen im Arbeitsleben auszubauen und ihre Rolle in Gewerkschaft und Gesellschaft zu fördern.



**Diskriminierung
blockiert Chancen**
und für den
wirtschaftlichen
Erfolg benötigte
menschliche
Talente

BESCHÄFTIGUNG UND EINKOMMEN

Heute ist es wichtiger denn je, die **Beschäftigung in den Mittelpunkt** der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stellen

In einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit ein nie zuvor dagewesenes Ausmaß erreicht hat, muss die Beschäftigung im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen. Sogar Menschen, die Arbeit haben, sind vielfach arm, was die Notwendigkeit unterstreicht, mehr produktive und menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen.

Das zu geringe Tempo bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit weltweit erfordert eine bessere Abstimmung der internationalen Wirtschaftspolitik mit aktiven beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf nationaler Ebene.

Produktive und frei gewählte Arbeitsplätze stehen im Zentrum des Mandats der ILO, die das Ziel der Vollbeschäftigung anstrebt. Die ILO versucht Maßnahmen zu ermitteln, die dazu beitragen, menschenwürdige Arbeit - verbunden mit einem entsprechenden Einkommen - zu schaffen und zu sichern - Maßnahmen, die in einer umfassenden Globalen Beschäftigungsagenda zum Ausdruck gebracht werden und von den dreigliedrigen ILO-Partnern erarbeitet werden. Die ILO führt wissenschaftliche Studien durch und nimmt an internationalen Diskussionen über Beschäftigungsstrategien teil.

Die ILO macht sich besondere Gedanken über die sehr hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen - fast die Hälfte der Arbeitslosigkeit weltweit betrifft junge Menschen - und bemüht sich, ihnen und den betreffenden Regierungen durch politische Beratung und Beschäftigungsinitiativen zu helfen.

Die ILO steht an vorderster Front, wenn es um Analyse und Maßnahmen zu Gunsten der informellen Wirtschaft geht. Dabei geht es um Tätigkeiten, die außerhalb der Reichweite der formalen Gesetze und deren Umsetzung liegen.



In vielen Entwicklungsländern arbeiten mehr als die Hälfte aller nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten in der informellen Wirtschaft. Die meisten Frauen in diesen Ländern arbeiten informell, oft als Straßenhändlerinnen. Informelle Arbeit ist zumeist unproduktiv, unsicher, schlecht bezahlt und wird unter schlechten Arbeitsbedingungen erbracht. Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu helfen, sich aus ihrer informellen Situation zu befreien, erfordert umfassende Strategien, um Qualifikationen zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen; Gesetze und ihre Umsetzung zu verbessern sowie Selbsthilfeorganisationen zu fördern.

Regelmäßig erscheinende ILO-Veröffentlichungen, darunter *Key Indicators of the Labour Market*, analysieren Trends und liefern umfassendes statistisches Datenmaterial.

Die ILO bietet technische Unterstützung und Beratung in Bereichen wie Ausbildung und Qualifikation bzw. Mikrofinanzierung und Kleinunternehmens-Entwicklung an. Sie berät Länder, die den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Personalpolitik schaffen wollen. Die ILO beteiligt sich auch an der Förderung beschäftigungsintensiver Investitionen in den Entwicklungsländern.



Löhne und andere Beschäftigungsbedingungen

Zwar steigen die Löhne in vielen Ländern, aber sie bleiben für zahlreiche Arbeitnehmer oft auf zu niedrigem Niveau, um ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigen zu können. Während manche Arbeitnehmer mittlerweile weniger Zeit für ihre Erwerbstätigkeit aufwenden müssen, kann die sie begleitende Unvorhersehbarkeit die Arbeitsplatzsicherheit verschlechtern oder Probleme bezüglich der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben mitsichbringen. Arbeitsbedingungen, die Schmutz und Gefahren beinhalten, sind zwar in den Industriestaaten auf dem Rückzug, in den Entwicklungsländern aber noch an der Tagesordnung. Mittlerweile werden weltweit durch Arbeit verursachter Stress und Gewalt am Arbeitsplatz als großes Problem anerkannt.

Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsorganisation, Arbeitsbedingungen und die Anpassung des Arbeitslebens an die Lebensbedingungen sind Kernelemente des Beschäftigungsverhältnisses und des Schutzes der Arbeitnehmer, aber auch zentrale Aspekte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und somit von größtem Interesse für die ILO. Diese Themen beherrschen die Personalentwicklungspolitik, Kollektivverhandlungen, den sozialen Dialog und staatliche Maßnahmen.



SOZIALSCHUTZ

Die meisten Menschen genießen keinen ausreichenden Sozialschutz. Sie sind Gefährdungen am Arbeitsplatz ausgesetzt und müssen sich mit einem unzureichenden oder gar keinem Renten- und Krankenversicherungsschutz begnügen. Einigen Arbeitnehmern werden nur unzureichende Ruhezeiten eingeräumt und viele Frauen kommen nicht in den Genuss von Mutterschaftsleistungen. Völkerrechts- und Arbeitsnormen sowie die Vereinten Nationen anerkennen den Sozialschutz als ein grundlegendes Menschenrecht. Darüber hinaus verbessern gut ausgestaltete Sozialversicherungssysteme die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und tragen so zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit bei. Die ILO setzt sich für die Ausweitung des Sozialschutzes auf alle Gruppen der Gesellschaft ein; gleichermaßen wichtig ist ihr die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes.



Die ILO engagiert sich für die
Ausweitung des Sozialschutzes
auf alle sozialen Gruppen

Soziale Sicherheit

Nur 20 Prozent der Weltbevölkerung hat einen angemessenen Sozialschutz, und mehr als die Hälfte ist sozial gar nicht abgesichert. Die Situation ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder, denn weniger als 10% der Arbeitnehmer in den am wenigsten entwickelten Ländern sind überhaupt abgesichert. In Ländern mit mittleren Einkommen sind zwischen 20 und 60 % versichert, während sich dieser Prozentsatz in den meisten Industriestaaten 100% annähert.

Soziale Sicherheit bedeutet Zugang zu Krankenversicherung und Lohnersatzleistungen, insbesondere in den Bereichen Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsunfälle, Mutterschaft oder Verlust des hauptsächlichen Familienernährers.

Die Besorgnis von Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern führte dazu, dass die ILO im Jahre 2003 eine weltweite Kampagne zur „Deckung durch die soziale Sicherheit für alle Menschen“ ins Leben rief. Die Kampagne baut auf entsprechen ILO-Aktivitäten in mehr als 30 Ländern auf. Hierbei geht es u.a. um Projekte, die den Ländern helfen, ihre Deckung auf der nationalen Ebene zu verbessern und gemeinschaftsnahe Sozialversicherungsträger zu stärken. Die ILO führt auch wichtige Forschungsprojekte durch, um Faktoren zu ermitteln, die die Sicherheit der Menschen in Entwicklungs- und Industrieländern aushöhlen.



Internationale Migration

Fast die Hälfte aller Migranten und Flüchtlinge weltweit - ungefähr 86 Millionen Erwachsene - sind wirtschaftlich aktiv, bei einem Arbeitgeber beschäftigt oder gehen in anderer Form einer entlohten Tätigkeit nach. Es wird erwartet, dass die Zahl der Migranten, die auf der Suche nach Arbeit und einem Leben in Sicherheit die Grenzen überqueren wollen, in den nächsten Jahrzehnten aufgrund des Versagens der Globalisierung, Arbeitsplätze und Chancen in den Volkswirtschaften zu schaffen, schnell ansteigen wird. Strenge, von den Hauptaufnahmeländern eingeführte Einwanderungskontrollen und -barrieren haben zu einer Reihe von Besorgnis erregenden Problemen geführt, u.a. zu vielen Fällen von Missbrauch und Ausbeutung der Wanderarbeitnehmer in den Aufnahmeländern.

Die ILO sieht die heutige globale Herausforderung darin, politische Maßnahmen und Mittel im Umgang mit der Arbeitsmigration so zu gestalten, dass sie positiv zu Wachstum und Entwicklung in den Herkunfts- wie Gastländern und zum Wohlbefinden der Wanderarbeitnehmer beitragen.



Die ILO setzt
sich weltweit für
präventive Ansätze
im Arbeits- und
Gesundheitsschutz
ein

Jedes Jahr sterben mehr als zwei Millionen Menschen durch Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten. Nach konservativen Schätzungen gibt es 270 Millionen Arbeitsunfälle und 160 Millionen Fälle von Berufskrankheiten.

Die Arbeitssicherheit variiert von Land zu Land, von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig und je nach gesellschaftlicher Gruppe. Todesfälle und Unfälle fordern in den Entwicklungsländern einen besonders hohen Tribut, da dort viele Menschen gefährlichen Tätigkeiten nachgehen, so z.B. in Landwirtschaft, Baugewerbe, Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau. Auf der ganzen Welt zählen die ärmsten und am wenigsten geschützten Personengruppen - oft Frauen, Kinder und Migranten - zu den am stärksten gefährdeten.

Die Fortschritte, die viele Industriestaaten bei der Verringerung der Zahl schwerer Arbeitsunfälle erreicht haben, beweisen, dass Verbesserungen des Arbeitsschutzes Ergebnisse zeitigen. Dennoch wird diesem Thema immer noch nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet und es fehlt auch an Wissen und Informationen. Die ILO arbeitet daran, diese Lücke durch Studien, engagierte Fürsprache und technische Unterstützung zu schließen. Sie hilft den Ländern, Management-Werkzeuge sowie Überwachungs- und Informationsdienste aufzubauen, wobei der Hauptschwerpunkt auf gefährlichen beruflichen Tätigkeiten liegt.

Die ILO legt weltweit besonderes Gewicht auf die Entwicklung und Anwendung einer präventiven Arbeitsschutzkultur.



HIV/AIDS

In verhältnismäßig kurzer Zeit ist die HIV/AIDS-Pandemie eines der wichtigsten arbeitsplatzbezogenen Themen unserer Zeit geworden. Fast 40 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter tragen den HIV-Virus in sich, und seit dem Beginn der Epidemie vor 20 Jahren sind der Erwerbsbevölkerung schätzungsweise 28 Millionen Arbeitnehmer durch AIDS verloren gegangen.

Zu den verheerenden Auswirkungen der Epidemie auf die betroffenen Menschen und ihre Familien kommt noch hinzu, dass die Welt der Arbeit in vielerlei Weise ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wird. Z.B. gefährdet die Diskriminierung von Menschen mit HIV/AIDS die grundlegenden Rechte bei der Arbeit und verringert die Chance auf eine menschenwürdige Arbeit für viele.

Nach Konsultationen mit Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat die ILO 2001 den Verhaltenskodex „HIV/AIDS und die Welt der Arbeit“ angenommen. Dieser Kodex ist eine Pionierleistung zur Verhinderung der Verbreitung von HIV/AIDS und berücksichtigt auch die Bewältigung und Verringerung der Auswirkungen des Virus und der Krankheit auf die Arbeitswelt. Zu den Kernelementen des Kodex zählen Prinzipien wie Nichtdiskriminierung, Geschlechtergleichheit, gesunde Arbeitsumwelt, Unzulässigkeit von HIV-Tests für Einstellungszwecke, Einhaltung der Schweigepflicht und Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses nach einer Infektion. Der Kodex ist zu einer Referenz für Arbeitgeber und Gewerkschaften geworden, die Vereinbarungen über den Umgang mit HIV/AIDS in der Welt der Arbeit aushandeln.







ILO
Department of Communication and Public Information
4, route des Morillons
CH-1211 Genf 22
Schweiz

Telefon: +41 22 799 7921
Fax: +41 22 799 8577
E-Mail: communication@ilo.org
www.ilo.org

